

Die
Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR
SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von
Dr. Rudolf Hilferding

ZWEITER BAND

1932



J. H. W. DIETZ NACHF.
BERLIN

AUSBRUCH DER STAATSKRISE

Von Georg Decker

„Schon jetzt hat die Regierung eine gewaltige und im tiefsten Grunde erwünschte Wirkung hervorgebracht. Die schleichende deutsche Krisis ist zum offenen Ausbruch gekommen.“ So schreibt der „Ring“ (vom 10. Juni) — ein Blatt, das zwar in jeder Hinsicht ungenießbar schlecht ist, dem aber jetzt als dem Organ des Herrenklubs eine besondere Bedeutung zukommt und dessen Herausgeber, Herrn von Gleichen, die Aufgabe zufiel, das neue Kabinett dem deutschen Volke im Rundfunk vorzustellen. Wir erfahren so von einer berufenen Seite, daß das Verdienst der neuen Regierung darin besteht, die „deutsche Krisis“ zum offenen Ausbruch gebracht zu haben. Wir sehen keinen Grund, der Regierung dieses Verdienst abzustreiten, wollen aber gleich feststellen, daß diese verdienstvolle Tat im denkbar schärfsten Gegensatz zum Anspruch des Kabinetts Papen steht, als eine Regierung der „nationalen Konzentration“ zu gelten. Gleichviel wie man die Möglichkeit der „nationalen Konzentration“ beurteilen mag, unbestreitbar ist es auf jeden Fall, daß ein offener Ausbruch der Staatskrise genau das Gegenteil einer nationalen Konzentration ist.

Die Aeußerung des „Ring“ bestätigt also die Auffassung, daß bei der Regierungsbildung nie ernsthaft an die „nationale Konzentration“, sondern lediglich an die Konzentration der Kräfte für einen äußerst zugespitzten inneren Kampf gedacht worden ist. Es konnte auch nicht anders sein, da die Aufhebung des Verbots der braunen Bürgerkriegsarmee die Voraussetzung für die Bildung der Regierung war. Dem „Ring“ gebührt Dank dafür, daß er offen ausgesprochen hat, was von den anderen zwar ungeschickt, aber mit großer Mühe verschleiert worden ist.

Noch eine Aeußerung des gleichen Blattes ist für die Beurteilung der Absichten der neuen Kanzlermacher außerordentlich bedeutsam:

„Warum ist eigentlich die Rechte immer noch demokratischer als die Demokraten und so kleingläubig, den Bestand der präsidentialen Regierung von einer Mehrheit im Reichstag abhängig zu machen? Aus dieser matten Einstellung ist das Gerede auf der Rechten vom Uebergangskabinett zu erklären. Statt zunächst einmal auf, alle Fälle d a s a u t o n o m e

Recht der Präsidialregierung gegen die unsicheren und unzuverlässigen Mehrheiten des Parlaments festzuhalten, glaubt man den Bestand der Reichsregierung abhängig machen zu müssen davon, ob sie „wenigstens 51 Proz. erreicht“, ob die Nationalsozialisten bei der Stange bleiben usw.“

Auch das ist deutlich. Auch der Reichspräsident hat den südländischen Ministerpräsidenten erklärt, er wüßte auch nach den Neuwahlen keine von den Parteien abhängige Regierung. Das paßt ganz eigenartig zur Bemerkung der „Deutschen Führerbriefe“ über den Verlauf der politischen Krise:

„Das beweist, wie u n d e m o k r a t i s c h und unabhängig, wie m o n a r c h i s c h im gesunden Sinne dieses Begriffs t r o t z d e r V o l k s w a h l das Amt des Reichspräsidenten in Deutschland von einem C h a r a k t e r verwaltet werden kann.“

Und diese Bemerkung wird wieder im „Ring“ zustimmend zitiert.

Wir glauben, jetzt eine vollkommene Klarheit über die „grundsätzlich neue Staatsführung“, von der Herr Papen gesprochen hat, gewonnen zu haben. Man weiß, daß der Reichspräsident für die Handlungen, die er als Verfassungsbruder u n c h a n s e h e n würde, nicht zu haben ist. Man erfindet deshalb den Begriff einer „Präsidialregierung“ mit dem „autonomen Recht“ gegen die unsicheren Parlamentsmehrheiten, und scheint diese Theorie des Verfassungsbruchs dem Reichspräsidenten als eine „Auslegung“ der Verfassung empfohlen zu haben. Man will kein „Uebergangskabinet“ sein und bereitet sich für jede der beiden Alternativen nach den Neuwahlen vor: entweder will man von einer Rechtsmehrheit mit den Nationalsozialisten toleriert werden, oder — falls keine solche Mehrheit aus den Neuwahlen herauskommt — gegen die unsicheren Parlamentsmehrheiten regieren. Dann wird sich endgültig zeigen, wie „undemokratisch“ trotz der demokratischen Wahlen und wie „monarchisch“ in der deutschen Republik regiert werden kann! So ist ganz offenbar der Gedankengang der Herren aus dem Herrenklub, die sich jetzt als Machthaber in Deutschland fühlen. „Der Ring“ hat recht: die deutsche Staatskrise ist offen ausgebrochen. Die Auflösung des Reichstags leitete den offenen Ausbruch der Krise ein.

Die Auflösung erfolgte aber mit der Begründung, die sogar sehr demokratisch klingt, daß der alte Reichstag nicht mehr dem Volkswillen entspräche. Die Regierung Brüning hat im Reichstag die Mehrheit erhalten, da aber der Reichstag nicht mehr dem Volkswillen entsprach, konnte auch das Vertrauen des Reichstags nicht als Ausdruck des Volkswillens

gelten. Es mußte also an das Volk appelliert werden. So weit scheint alles in Ordnung zu sein. Man muß aber diese scheinbar so einwandfrei demokratische Ueberlegung konsequent durchdenken. Es wird das Ziel verfolgt, eine Uebereinstimmung zwischen der Zusammensetzung und Politik der Reichsregierung und dem Volkswillen herbeizuführen. Es ist schon merkwürdig genug, daß als ein Glied dieser erwünschten Harmonie eine Regierung gebildet wird, deren Zusammensetzung auf keinen Fall dem Volkswillen entsprechen kann. Niemand wird wohl daran zweifeln, wie ein direktes Votum des Volkes für oder gegen die Regierung Papen ausfallen würde. In einem solchen Wahlkampf würde die Regierung schwerlich nur ein Zehntel des Volkes für sich gewinnen können. Und hier offenbart sich das, was das Eigenartigste an der ganzen Kombination ist. Anstatt die Voraussetzung für eine klare Willensbildung des Volkes gegenüber der Reichsregierung zu schaffen, wird eine solche klare Willensbildung nach Möglichkeit erschwert. Das Volk soll keine Möglichkeit haben, sich für oder gegen die „Präsidialregierung“ auszusprechen, weil ja für Parteien gestimmt wird und keine Partei als Regierungspartei im Wahlkampf auftritt. Die ganze Rechnung beruht auf einer ungeheuerlichen Fiktion: die Regierung ist auf Grund einer Vereinbarung mit der nationalsozialistischen Führung entstanden, diese Führung verheimlicht das vor ihren Anhängern und will im Wahlkampf auftreten als eine Partei, die mit der Regierung „nichts zu tun“ hat. Und das soll der Anfang einer „moralischen Erneuerung“ sein!

Um eine Entscheidung des Volkes für oder gegen das Kabinet Papen herbeizuführen, müßte man Herrn von Papen mit Hitler zusammen als nationalsozialistischen Spitzenkandidaten aufstellen, oder die Nationalsozialisten müßten sich wenigstens vor dem Volke offen als die Partei der neuen Regierung bekennen. Da dies nicht geschieht, so werden sich die Wähler nicht für oder gegen die „Präsidialregierung“ als solche, sondern für oder gegen verschiedene Parteien entscheiden, und es muß die Aufgabe der Opposition sein, im Wahlkampf den richtigen Zusammenhang der Regierung mit den einzelnen Parteien mit aller Deutlichkeit auszuarbeiten. Gewiß tragen die Volksmassen selbst Schuld daran, wenn sie sich irreführen lassen. Wer aber auf die geschilderte Weise die klare Willensbildung künstlich erschwert, darf sich nicht auf den Volkswillen berufen. Und dann noch eine Frage: Will man, wenn nach einiger Zeit ein neuer Umschwung, z. B. ein mächtiger Ruck nach l i n k s , sichtbar wird, den Reichstag wieder auflösen, um den Volkswillen zur Geltung zu bringen?

Es ist schon erfreulich, wenn ein mit den Absichten der Regierung besonders vertrautes Blatt offen ausspricht, daß „einmal auf alle Fälle das autonome Recht der Präsidialregierung“ festzuhalten ist und damit die Berufung auf den Volkswillen im richtigen Lichte erscheinen läßt. Die „Präsidialregierung“ hat ein autonomes Recht, wäre also auch dem Volkswillen gegenüber unabhängig. Es bleibt nur ein Schritt, um an Stelle von Pseudonymen, wie „Präsidialregierung“, mit richtigen Worten über die Sache zu sprechen: in Deutschland würde die Einrichtung einer vom Parlament unabhängigen „Präsidialregierung“ aus einem nicht existierenden „autonomen“ RechteinenglattenStaatsstreichbedeuten.

Das muß ganz deutlich ausgesprochen werden. Im Rahmen der Weimarer Verfassung gibt es keinen Platz für eine dem Reichspräsidenten und nicht dem Reichstag verantwortliche Regierung. Man versuche nicht, die verfassungsmäßige Möglichkeit einer solchen Regierung mit dem Artikel 53 zu begründen, nach dem der Reichskanzler vom Reichspräsidenten „ernannt und entlassen“ wird. Nicht nur der Artikel 54, nach dem der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags bedürfen, sondern auch der Artikel 48 schaltet jede Möglichkeit einer Präsidialregierung aus, da alle auf Grund dieses Artikels getroffenen Maßnahmen vom Reichspräsidenten dem Reichstag unverzüglich mitgeteilt werden müssen und vom Reichstag mit einfacher Mehrheit außer Kraft gesetzt werden können. Also bleibt der Reichspräsident dem Reichstag auch dann untergeordnet, wenn er das Notverordnungsrecht auf Grund des Artikels 48 ausübt. Nach der geltenden Verfassung gibt es kein autonomes Recht einer „Präsidialregierung“ gegenüber dem Reichstag, und kann es deshalb überhaupt keine „Präsidialregierung“ geben.

Wenden wir uns zu den politischen Realitäten, so bedeuten die Pläne, eine „Präsidialregierung“ einzurichten, nichts anderes als den Versuch, eine Diktatur der Exekutive herzustellen, die zwar absolut verfassungswidrig wäre, die aber einen folgerichtigen Abschluß jener Entwicklung darstellen würde, die von den hinter der neuen Regierung stehenden Kräften betrieben wird. „Die schleichende deutsche Krisis“ ist eigentlich noch vor der Bildung der neuen Regierung „zum offenen Ausbruch gekommen“, nämlich durch den Vorstoß der Reichswehrgeneräle gegen Groener. Mit diesem Vorstoß fingen die wichtigsten Exekutivorgane im Reich an, ihre durch die Lahmlegung der Parlamente (und namentlich des Preußischen Landtags) entstandene Machtstellung zu realisieren. Dann wurde die Regierung Brüning

gestürzt, die l e t z t e , die sich im alten Reichstag auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Die Neuwahlen sollen nun der Funktionsfähigkeit des Reichstags den letzten Stoß geben und auf diese Weise den letzten Widerstand (im parlamentarischen Rahmen) gegen die Diktatur der Exekutive beseitigen.

Für die, die den Parlamentarismus zu verhöhnen pflegen, gibt dieser Tatbestand einen interessanten Stoff zum Nachdenken. Trotz seiner geringen Arbeits- und Entschlußfähigkeit blieb der Reichstag, solange in ihm irgendwelche Mehrheit zustandekommen konnte, ein schwer überwindbares Hindernis für die Verwirklichung der Diktaturpläne. Ist es nicht eine viel zu mechanische Vorstellung, wenn man die Machtverhältnisse nur nach der Verteilung von Mitteln der physischen Gewalt beurteilen will? Diese Mittel sind zweifellos ein sehr wesentlicher und in bestimmten Situationen entscheidender Faktor, sie besitzen aber nicht einmal in der reinsten Diktatur eine völlig selbständige Existenz, und die Menschen, die über sie verfügen, sind politisch beeinflussbar. Es ist zwar nicht richtig, daß man sich auf die Bajonette nur stützen, nicht aber auf ihnen sitzen kann. Man kann auch auf den Bajonetten sitzen, das pflegt aber früher oder später sehr schmerzliche Folgen zu haben. Mit physischer Gewalt allein kann gegenwärtig keine Diktatur auskommen. Jede Diktatur braucht nicht nur die Waffen, sondern auch eine s i e tragende Schicht, die je nach den sozialen und kulturellen Verhältnissen jedes Landes mehr oder weniger breit sein muß. Und in Deutschland müßte diese Schicht verhältnismäßig viel breiter sein als in Rußland oder in Italien. Dieser Umstand ist auch den Inspiratoren der „Präsidialregierung“ nicht entgangen, und sie versuchen, als tragende Masse für ihre Diktatur die nationalsozialistische Bewegung zu gewinnen. Sie verfolgen damit ein doppeltes Ziel, indem sie einer direkten Machteroberung durch die Nazis vorbeugen und zugleich die Nazi-Bewegung zur Fundierung einer von oben eingesetzten Diktatur gebrauchen wollen. Diese Bestrebungen werden — wenigstens vorläufig — von der nationalsozialistischen Parteiführung unterstützt. Und wir dürfen wohl annehmen, daß Hitler sein Abkommen mit dem neuen Kabinett nicht ungern abgeschlossen hat. Nicht nur deshalb, weil er vorläufig keine Chance für die Machteroberung aus eigener Kraft sieht, sondern auch weil er selbst, nach unten „revolutionär“ und nach oben sehr kapitalisten- und agrarierfreundlich, im Grunde die gleiche Politik der Fundierung einer agrarisch-großkapitalistischen Diktatur durch seine Bewegung anstrebt. Die Massen

der nationalsozialistischen Bewegung sollen aber für diese Ziele gebraucht werden, ohne zu merken, daß sie nicht für den Aufbau eines nebelhaften „Dritten Reiches“, sondern für die Wiederherstellung der altpreußischen Herrschaftsverhältnisse verwandt werden. Sie sollen mindestens bis zum Wahltag davon überzeugt bleiben, daß ihre Partei mit dem Kabinett der Barone nichts zu tun hatte und mit ihrer ganzen Kraft den unversöhnlichen Kampf für die zwar völlig unklaren, aber leidenschaftlich empfundenen Ziele der Bewegung führe. Der Wahlkampf erhält damit den Charakter eines eigenartigen Rennens: gelingt es den Führern, an das Ziel zu kommen, bevor ihre Massen bemerkt haben, was gespielt wird, oder nicht?

Bei der Hessenwahl am 19. Juni konnten die Nationalsozialisten noch beträchtliche Gewinne verzeichnen — namentlich im Vergleich zu den Landtagswahlen am 15. November (Stimmengewinne 13 Proz.), aber auch im Vergleich zu der zweiten Reichspräsidentenwahl. Und trotzdem bietet die Hessenwahl ein wesentlich anderes Bild, als alle vorangegangenen Wahlen. Zum erstenmal ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, die von den anderen Parteien verlorenen Stimmen einigermaßen vollständig aufzufangen. Das ergibt die schwächere Wahlbeteiligung. Die bürgerlichen Parteien haben seit dem 15. November 43 000 Stimmen verloren, die Kommunisten 25 000 und die mit der kommunistischen Opposition verbundene SAP. 11500, also zusammen rund 80 000, während die Nazis nur 37 000 gewonnen haben. Früher zog die NSDAP. die Nichtwähler aus ihrer Passivität, jetzt blieben zum Teil auch die früher aktiven Wähler zu Hause. In einigen Orten (auch in der Stadt Darmstadt) haben die Nazis sogar etwas verloren. In der Regel haben sie in den Städten entweder viel weniger als auf dem Lande, oder überhaupt nicht gewonnen. Auf der anderen Seite hat die Sozialdemokratie zwar insgesamt nur wenig gewonnen, in den Städten ist aber der Umschwung vom Rückgang zum Aufstieg unverkennbar. Das Rennen geht weiter: die große Frage des Wahlkampfes ist, in welchem Maße es gelingen wird, den Massen der nationalsozialistischen Wähler das wahre Verhältnis zwischen ihrer Partei und der neuen Regierung klarzumachen.

Wir stehen mitten in einem politischen Wahlkampf von einer ungeheuren historischen Bedeutung. Ueber den Inhalt dieses Kampfes wurde schon oben gesprochen. Noch eines muß aber hervorgehoben werden. Die Demokratie hat sich als Lebensnotwendigkeit für das deutsche Reich erwiesen. Das Reich kann auf die Dauer nur als Demokratie

bestehen, da es für die meisten Länder und auch für die westlichen Gebiete Preußens schier unerträglich ist, in einem von preußischen Junkern beherrschten Staate zu leben. Wenn sie diese Vorherrschaft im Bismarckschen Reich ertrugen, so war das möglich wegen der glänzenden äußeren Erfolge und namentlich wegen des allgemeinen gewaltigen Aufschwunges der deutschen Wirtschaft. Die wirtschaftliche Unerträglichkeit einer solchen Vorherrschaft des diktatorischen Preußens würde sich jetzt mit den Widerständen vereinen, die aus dem konfessionellen Gegensatz und aus der Verschiedenheit der politischen Tradition entstehen. Nach dem Kriege hat sich das Deutsche Reich erhalten können, weil Preußen demokratisiert und sogar zum Hort der Demokratie im Reiche wurde. Eine kapitalistisch-feudale Diktatur wird schon jetzt in den südlichen Ländern sowie im preußischen Westen als Lebensgefahr empfunden. „Wer die Demokratie in Deutschland abschlachten will, muß auch die Länder zur Strecke bringen“, schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz¹⁾. Die Krise, die jetzt offen ausgebrochen, ist im genauesten Sinne des Wortes eine *S t a a t s k r i s e*. Es geht um die staatliche Einheit Deutschlands und das Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches.

1) „Bayerischer Kurier“ vom 14. Juni.